

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren

liebe KollegInnen, liebe Gäste,

als Karlsruher Bundestagsabgeordnete der LINKEN freue ich mich, dass wir heute eine solch wichtige Veranstaltung gerade am Sitz der EnBW, des wichtigsten Energieversorgers in BaWü, haben. Ich freue mich auch über den Besuch vieler interessanter Gäste. Denn wir müssen Lösungen finden für ein schwieriges Thema, das nur gemeinsam und fachübergreifend gelöst werden kann - die Energiewende.

Ich bin Verbraucherpolitikerin.

Deshalb muss die Diskussion um die Energiewende nach meiner Auffassung immer auch aus Sicht der VerbraucherInnen geführt werden. Die Bevölkerung darf nicht zum Sündenbock für die jahrzehntelang verfehlte Energiepolitik gemacht werden.

Der Ausstieg aus dem vermeintlich billigen Atomstrom und der Einstieg in die vermeintlich teuren erneuerbaren Energien darf nicht zum Anlass für massive Strompreiserhöhungen genommen werden.

Insbesondere einkommensschwache Haushalte müssen vor steigenden Energiekosten geschützt werden.

Und ich bin Gewerkschafterin.

Die Beschäftigten der Energieunternehmen haben den Anspruch, auf den Schutz ihrer Arbeitsplätze vor Arbeitsplatzvernichtung. Und sie haben Anspruch darauf, in die notwendigen Maßnahmen zum Umbau unserer Energieversorgung eingebunden zu werden. Vor diesem Hintergrund freue ich mich, dass diese Veranstaltung unter der Beteiligung vieler unterschiedlicher ExpertInnen stattfindet. Als LINKE Politikerin habe ich großes Interesse daran und möchte auch meinen Teil dazu beitragen, dass wir die Energiewende so rasch als möglich vollziehen. Leider ist die ganze Sache noch nicht wirklich im Laufen.

Der Beschluss, aus der Atomenergie auszusteigen, war die eine Sache. Tschernobyl war für westliche Industrienationen leider noch nicht Grund genug, für einen Ausstieg. Der unerschütterliche Glaube an ständiges Wachstum und atomaren Fortschritt wurde erst durch die Katastrophe in Fukushima doch noch erschüttert.

Immerwährende Profitsteigerungen und Fortschritt um jeden Preis könnte unsere Gesellschaft – auch wenn sie es wollte - gar nicht bezahlen.

20 Mrd. Euro Gewinn haben die großen 4 - RWE, E.On, Vattenfall und die EnBW – in den vergangenen Jahren durch die Erzeugung von Atomstrom jährlich eingefahren. Dieser Profit bricht jetzt weg, das muss nun erst einmal verdaut werden. Die EnBW hatte im 1.Halbjahr 2011 ein Defizit von 600 Mio.Euro.

Die frühere konservative Regierung von BaWü hat die Stromversorgung des Landes zu 50 % aus Atomstrom gespeist. Das rächt sich nun. Erneuerbare Energien sind in BaWü völlig unterentwickelt - etwas mehr als 10 % aus Wasserkraft alles andere ist nicht wirklich erwähnenswert.

Dabei ist eigentlich nicht die Energieerzeugung unser primäres Problem, sondern Fragen der Speicherung und des Energietransportes. Dazu brauchen wir auf jeden Fall leistungsfähige Netze und Forschung, Forschung, Forschung.

Deshalb finde ich es als Karlsruherin schwer nachvollziehbar, wenn am KIT nach wie vor und mit verstärktem Einsatz zu Atomreaktoren der vierten Generation geforscht wird. Das wird dann unter dem Begriff „Transmutationsforschung“ einerseits als Sicherheitsforschung und andererseits als Beitrag zur Speicherefähigkeit für erneuerbaren Energien verkauft.

Auch am benachbarten europäischen Institut für Transurane (ITU) wird weiterhin mit großen Mengen von Plutonium, Uran und Thorium geforscht. Dafür soll eigens noch das Labor umgebaut werden. Erzeugt wird damit hochradioaktives waffenfähiges Material. So habe ich mir die Energiewende nicht vorgestellt.

Diese Forschungen dienen aus meiner Sicht weder der Sicherheit noch der Energiewende. Diese Forschungsmittel bräuchten wir dringend, für die Forschung und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Diese Kapazitäten und Finanzmittel müssen umgewidmet werden. Wir müssen rasch Lösungen für die Speicherung, den Transport und mehr Energieeffizienz finden. Und der Prozess muss zusammen mit der Bevölkerung, der Industrie und den Beschäftigten auch zu einem anderen Verhalten und zu einem deutlich reduzierten Verbrauch von Energie führen. **Dafür** brauchen wir die Forschungsmittel und -kapazitäten. Der Ausstieg kann nur dann vollzogen werden, wenn wir den Einstieg gemeistert haben. Niemand wird gerne in Kauf nehmen, dass Strom künftig häufiger ausfällt. Deshalb müssen wir jetzt alle Kräfte in den Umbau unserer Energieerzeugung und der Energieversorgung investieren.

Das erwarten die Menschen von uns PolitikerInnen, von den WissenschaftlerInnen und den Energieunternehmen.

Gerade in Baden-Württemberg haben wir dazu eine ganz besondere Situation und eine große Chance.

Das drittgrößte Energieunternehmen Deutschlands ist dank eines sehr fragwürdigen Vorgehens des letzten Ministerpräsidenten heute weitgehend in öffentlicher Hand. Die EnBW wurde sicherlich nicht ganz beabsichtigt verstaatlicht. Da hat sich Herr Mappus wohl verzockt.

Aber für DIE LINKE ist damit eine unserer Hauptforderungen auf dem besten Weg erfüllt zu werden – die Vergesellschaftung. Für uns ist die Energieversorgung der Bevölkerung eine gesellschaftlich Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Häufig hört man in diesem Zusammenhang das Zauberwort der „Rekommunalisierung“ der Energieversorgung. Ob dies tatsächlich die beste Lösung auch für Baden-Württemberg ist, ist eine Frage, die wir bald klären müssen.

Die EnBW ist mit mehr als 21.000 Beschäftigten nicht nur ein großer Arbeitgeber, ein Riesenbetrieb, sondern ein riesiger Knowhow-Träger. 21.000-fache Kompetenz in Sachen Energieerzeugung, Energieversorgung und Energiedienstleistung darf nicht einfach aufgegeben werden. Dieses Knowhow dürfen wir nicht zerschlagen, sondern müssen es sinnvoll und gezielt einsetzen.

Wir brauchen in BaWü keinen Globalplayer, wir brauchen eine sichere, gut strukturierte Energieversorgung, einen regionalen Dienstleister, der diese optimale Versorgung unserer Gesellschaft gewährleistet. Wir brauchen einen Stadtwerke-Verbund, wir brauchen ein Stadtwerke-Netzwerk.

Deshalb muss so schnell als möglich ein Umbau eingeleitet werden. Dazu brauchen wir auch eine Veränderung der Gesellschaftsform der EnBW. Eine Aktiengesellschaft ist ebenso intransparent wie die rund um die EnBW bestehende Konstruktion dieses Unternehmens mit all seinen Verschachtelungen. Sie gibt der Bevölkerung nicht die Möglichkeit der Beteiligung, der Mitsprache und der Mitentscheidung durch die öffentliche Hand.

Unsere Gesellschaft und die öffentliche Hand werden diese Verluste aus den Geschäften mit dem Atomstrom zu tragen haben ebenso wie wir die Lasten des atomaren Mülls tragen müssen. Gerade im Rahmen der Bankenkrise haben wir oft genug erlebt, dass die Gewinne privatisiert, die Verluste aber sozialisiert werden.

Ich möchte, dass wir die Unternehmen, die mit Atomstrom bisher gutes Geld verdient haben, in die Pflicht nehmen. Und gerade deshalb möchte ich, dass die EnBW auch in die Lage versetzt wird, sich an der Abarbeitung dieser Last in ordentlichem Umfang zu beteiligen. Dazu brauchen wir eine neue Gesellschaftsform für dieses Unternehmen.

Wir brauchen einen Netzbetreiber in öffentlicher Hand.

Als LINKE-Politikerin fordere ich auch

- die Einsetzung einer staatlichen Preisaufsicht.
- Der Strompreis muss bezahlbar bleiben.
- Großabnehmer und Großverbraucher dürfen nicht auch noch begünstigt werden.
Stromsparen muss die neue Devise werden.

- Wir brauchen Sozialtarife für einkommensschwache Haushalte und ein Verbot von Stromsperrungen für zahlungsunfähige private Stromkunden. Ohne Strom kann in unserer Gesellschaft niemand mehr existieren, deshalb muss eine Grundversorgung gewährleistet werden.
- Verbraucherverbände, Umweltorganisationen und Gewerkschaften müssen als Interessenvertretungen der Bevölkerung ein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht beim Umbau unserer Energieversorgung erhalten.

Weder der Strom aus der Sahara, noch Kohlekraftwerke können unsere Probleme lösen, wenn nicht ein gesellschaftliches Umdenken stattfindet.

Neben der Aufgeschlossenheit gegenüber

- Windrädern,
- Sonnenkollektoren und
- der viel intensiver zu nutzenden Kraft-Wärmekopplung ist

das Bewusstsein im Umgang und dem Verbrauch von Energie ein wichtiger Faktor.

Deutschland als hochentwickeltes Industrieland muss beweisen, dass der Ausstieg machbar ist. Das können wir unseren europäischen Nachbarn und auch anderen Ländern dieser Welt zeigen, wenn wir den Einstieg in die erneuerbaren Energien im Rahmen dieser Energiewende erfolgreich umsetzen.

Die Menschen in Deutschland haben mit ihren Reaktionen auf das Unglück in Japan und vielen Demonstrationen wesentlich dazu beigetragen, dass die Politik hier neue Weichen stellen muss. Das möchte ich mit ihrer Hilfe auch tun.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.